

Nachdem das Projekt «Flâneur» von Stadtkonzept Basel, ausgerechnet in der heissesten Zeit des Jahres das Baden in den Brunnen zu verunmöglichen, für grossen Unmut gesorgt hatte, soll die Bevölkerung nun mit einer neuen Aktion «beglückt» werden: Vom Donnerstag, 15. bis Samstag 17. September soll die Falknerstrasse in eine Fest- und Event-Meile verwandelt und ab 17 Uhr für jeglichen Verkehr gesperrt werden. Dass diese Strasse die Hauptachse des Tramverkehrs in der Innerstadt ist, wurde von den «Stadtverschönern» nicht etwa übersehen; Nein, dieser Ort wurde bewusst gewählt, lässt sich der Flâneur-Chef doch in den Medien mit dem Satz zitieren: «Auf ein Drämmli wartet man an diesen drei Abenden zwischen Barfüsserplatz und Schifflande vergebens.»

Keine Rolle spielt es für das Projekt anscheinend, dass vielleicht die Attraktivität der Falknerstrasse in dieser Zeit steigt, gleichzeitig aber diejenige an anderen Orten des Gross- und vor allem des Kleinbasels durch die Blockade der Innerstadt für den öV massiv verringert wird. Die Geschäfte in der Rheingasse und am Claraplatz zum Beispiel – ohnehin durch die dauernden Demos geschädigt – dürften durch die stark erschwerte Erreichbarkeit deutliche Einbussen erleiden – und zwar ausgerechnet an den frequenzstarken Tagen der zweiten Wochenhälfte.

Ein Sonderopfer wird auch den Pendlerinnen und Pendlern zugemutet, die ab 17 Uhr mühsam ihren Heimweg um die Innerstadt herum planen müssen – oder an diesen drei Tagen dann halt notgedrungen auf ihre privaten Fahrzeuge zurückgreifen.

Dazu stellen sich folgende Fragen:

1. Ist sich der Regierungsrat der durch die dreitägige Teilblockade entstehenden Schwierigkeiten für die Bevölkerung und das (nicht in der Falknerstrasse ansässige) Gewerbe bewusst?
2. Aus welchen Überlegungen wurde dieser massive Spezialgebrauch von Allmend bewilligt?
3. Wurden Ersatz-Standorte geprüft – etwa die für den öV nicht massgebliche Gerbergasse?
4. Welche Kosten entstehen dem Kanton durch diese Aktion? Werden diese durch den Veranstalter abgegolten?
5. Sieht der Regierungsrat eine Möglichkeit, auf den Bewilligungs-Entscheid angesichts des oben Ausgeführten zurückzukommen? (Dies mittels vorausschauendem Handeln, im Wissen, dass es bis zur Beantwortung dieser Interpellation wohl zu spät ist.)

André Auderset